

Polizistenmorde von Ulmet

Kolleginnen und Kollegen demonstrierten in Mainz

In Gedenken an Yasmin und Alexander, zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat, für Frieden und Freiheit

1 000 Polizeibeschäftigte folgten am 4. April 2022 dem bundesweiten Aufruf der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoLG) Rheinland-Pfalz im dbb, der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB sowie des Bund deutscher Kriminalbeamter (BDK) und gingen in Mainz auf die Straße gegen Gewalt.

Alle drei Vereinigungen setzen sich seit Jahren für eine starke Demokratie und einen starken Rechtsstaat ein. Sie stellen sich – so der Aufruf zur Aktion – mit allen Mitteln Hass und Hetze in den Weg, insbesondere auch der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte.

Zur Unterstützung dieses Ziels kamen auch Polizeimitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus Hessen, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt in die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt.

Zusammen gedachten die Demonstrierenden in einer bewegenden Schweigeminute der 24-jährigen Kommissarwärterin und des 29-jährigen Oberkommissars, die bei einer Verkehrskontrolle in den Morgenstunden des 31. Januar 2022 im Landkreis Kusel Wilderer entdeckt hatten und dabei brutal erschossen wurden.

Im Rahmen der Kundgebung vor dem Staatstheater sprachen der DPoLG-Landeschef Thomas Meyer, der BDK-Landesvorsitzende Christian Soulier und die GdP-Landesvorsitzende Sabrina Kunz.

Thomas Meyer stellte fest, dass sich Polizei und Gesellschaft auf dem Boden des Grundgesetzes bewegten. Die Freiheit des Einzelnen sei dabei keine Einbahnstraße und rote Linien dürften nicht überschritten werden. Vor diesem Hintergrund Gewalt gegenüber Polizisten zu bekämpfen, sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese bestehe auch im Internet mit seinen sozialen Netzwerken, in denen sich „asoziale Hasskommentatoren“ tummelten. Thomas Meyer forderte, die Rahmenbedingungen für die strafrechtliche Verfolgung solcher „Hater“ weiterzubessern.

BDK-Landeschef Christian Soulier verurteilte Hass- und Vorurteils kriminalität. Er warnte vor dem destabilisierenden Effekt, den zur Schau getragene antidemokratische Gesinnung auf die Gesellschaft haben könne, und forderte ebenfalls bessere rechtliche Verfolgung von Internetdelikten.

GdP-Landeschefin Sabrina Kunz nahm Politik und Gesellschaft entsprechend in die Pflicht. Eine Kultur des ständigen Hinterfragens polizeilichen Tuns müsse im wehrhaften Staat begrenzt werden; Polizei, Justiz und andere Behörden gehörten personell und sachlich besser ausgestattet im Sinne der Rechtsstaatssicherung.

Der Aufzug wirkte als eine deutliche Stimme für einen starken und stolzen Staat, der seine demokratischen Grundwerte verteidigt, schützt und sich denjenigen mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln in den Weg stellt, die diese Grundsätze nicht respektieren und die Freiheit der Gesellschaft bedrohen.

Die Demonstration diene der Forderung von Wertschätzung, Anerkennung und Respekt – auch den Menschen gegenüber, die sich alltäglich in den Dienst des Gemeinwohls stellen. Die Organisatoren wollten die Veranstaltung verstanden wissen als Signal für den inneren und äußeren Frieden.

Der zentrale Aufzug begann um 13 Uhr auf dem Ernst-Ludwig-Platz und führte zur Kundgebung auf dem Gutenbergplatz vor dem Staatstheater,



DPoLG-Landesvorsitzender Thomas Meyer spricht, daneben Christian Soulier, Landesvorsitzender BDK, und Sabrina Kunz, GdP-Landesvorsitzende.

das passend zur Zeit und dem weitgefassten Aktionszweck ein Transparent mit einem Zitat aus „Mutter Courage und ihre Kinder“ aufwies mit der Aufschrift „Der Krieg soll verflucht sein“.

Aus Respekt vor dem traurigen Anlass verzichteten die Demonstranten auf bunte Fahnen, Demoutensilien und gewerkschaftliche Zeichen.

Für den dbb rheinland-pfalz sagte die Landesvorsitzende Lilli Lenz mit Blick auf die Demonstration: „Wir unterstreichen stets: Wer die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihr Amt durch verrohte Sprache, persönliche Erniedrigungen, Beleidigungen oder tätliche Angriffe herabwürdigt und angeht, greift uns alle an. Gewalt ist in unserer demokratischen Gesellschaft nicht tolerabel. Sie muss wirkungsvoll bekämpft und geahndet werden, daran müssen wir alle arbeiten. Mit Respekt.“



Imposanter Demonstrationzug durch Mainz – bewusst ohne Demonstrationsmittel und Gewerkschaftsfahnen.



© dbb rip

> dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz mit dbb Landeschefin Lilli Lenz (hinten rechts) und Peter Mertens (vorne rechts).

dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz

Auf der Tarifwarte

Landesvorsitzende Lilli Lenz zu Gast bei der Frühjahrssitzung

Am 21. März 2022 tagte die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz auf dem sechsten Stock des IntercityHotels Mainz unter leicht gelockerten Coronabedingungen in Präsenz und mit guter Aussicht über die Landeshauptstadt.

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Peter Mertens begrüßte als Ehrengäste die dbb Landeschefin Lilli Lenz sowie den ehemaligen Chef der Straßenverkehrsgewerkschaft VDstra. Rheinland-Pfalz/Saarland, Ingo Scheit.

Die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer tauschten sich intensiv über die aktuelle tarifpolitische und tarifrechtliche Lage aus vor einem Rückblick auf die Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder 2021.

Die Tarifvertragsparteien haben sich auf eine TV-L-Laufzeit bis zum 30. September 2021 geeinigt. Somit ist zu erwarten, dass im kommenden Jahr Tarifverhandlungen für die Länder und auch für den Bund sowie die Kommunen (TVöD) anstehen. Lilli Lenz und Peter Mertens – beide Mitglieder in der Bun-

destarifikommission des dbb für den Landesbund – berichteten detailliert von den Tarifverhandlungen und den Hintergründen zum Tarifiergebnis vom 29. November 2021. Für den dbb rheinland-pfalz und seine Aktionsbreite vor Ort waren die Stichworte „Streikbereitschaft in der Pandemie“ und „Aktionsbereitschaft angesichts der Hochwasserkatastrophe“ entscheidend, was seinerzeit in den erfolgreichen Prozentlauf vor dem Ministerium der Finanzen zum Motto „Hände weg vom Arbeitsvorgang!“ und zur starken Teilnahme an der zentralen Demo in Wiesbaden gemündet hatte. Lilli Lenz sensibilisierte die Arbeitnehmervertreter nach der Rückschau, dass Gefahren für die tarifliche Eingruppierung durch Arbeitgeberangriffe auf den tarifrechtlichen Arbeitsvorgang längst nicht gebannt seien, und mahnte zur tarifparteilichen Wachsamkeit.

Aus dem Gremium kamen Hinweise auf die ungerechte Ausparung dual studierender Tarifbeschäftigter im Landesdienst von der tariflich ausgehandelten Coronasonderzah-

lung, die die dbb Landesleitung zum Anlass einer Berücksichtigungsforderung mitnahm.

Peter Mertens thematisierte die vom Land eröffnete beamtenrechtliche Möglichkeit zur zweckgebundenen Entgeltumwandlung für Dienstfahrradleasing. Mangels landestariflicher Regelung seien Landesbeschäftigte dabei bislang nicht einbezogen. Zwar fehle auch für die Beamten-schaft noch ein Leasingmodellkonzept, aber es könne nicht sein, dass die Statusgruppe der Arbeitnehmer später nicht teilhaben könne.

Die Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen waren in der Sitzung überwiegend der Meinung, dass für die günstige Anschaffung eines Rades für die Beschäftigten des Landes (inklusive Beamte) auch andere Regelungen möglich seien. Die Teilnehmer stellten unterschiedliche Modelle vor. Diese reichten von zinslosen Krediten des Arbeitgebers über eine entsprechende Anpassung der noch existierenden Gehaltsvorschussregelung bis zu einer Beschaffung über das Kaufhaus des Landes mit dem Ziel, einen kostengünstigen Anbie-

ter zu finden, und der Idee, eine Plattform beim dbb vorsorgewerk vergleichbar zum dbb autoabo einzurichten. Ein Einsatz des dbb für einen Fahrradleasing-Tarifvertrag – Land – wurde von den Teilnehmern in großer Zahl nicht als zwingend prioritär bewertet.

Erläuterungen zum Sachstand des Tarifkonflikts beim kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst schlossen sich an. Diskutiert wurde über nötige Verbesserungen im Landesreisekostenrecht, insbesondere hinsichtlich der Reisekostenerstattung für Auszubildende. Der dbb rheinland-pfalz hat angesichts der Spritpreisentwicklung, der Inflation und des Modernisierungsbedarfs inzwischen wiederholt mit der Landesregierung und den tragenden Fraktionen Kontakt aufgenommen in dieser Sache.

Hinweise auf das traditionelle Tarifseminar des dbb rheinland-pfalz Ende April 2022 im dbb forum siebengebirge – diesmal zum Thema „Aktuelle Zweifelsfragen zur Neuregelung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst im Bereich TV-L und TVöD Bund/Kommunen“ – rundeten die Sitzung ab.

Der Termin für die Herbstsitzung der Arbeitnehmervertretung wurde auf den 7. November 2022 gelegt, die Sitzung soll wieder in Mainz stattfinden. ■

Senioren-/Generationenpolitik

„Babyboomer“ auf der beruflichen Zielgeraden

Konsequenzen für den öffentlichen Dienst

Ein Artikel vom stellvertretenden Landesvorsitzenden und Leiter des Arbeitskreises Seniorenpolitik, Robert Tophofen

(rt) Die Generation der geburtenstarken Jahrgänge 1954 bis 1967 macht heute in Rheinland-Pfalz ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus. Ihr Eintritt in den Ruhestand ist für den öffentlichen Dienst eine erhebliche Herausforderung, der es jetzt schon zu begegnen gilt. Einerseits stellen sich in den Dienststellen Fragen der Personalanpassung und -gewinnung sowie Sicherung von Know-how, andererseits für uns alle solche der Umgestaltung von Gesellschaft im Sinne von Versorgung und Ausgestaltung der Ruhestandszeit.

Schon heute vereint der Arbeitsmarkt bis zu vier verschiedene Generationen mit ihren jeweils eigenen Sozialisierungen und Führungsansichten. In den Dienststellen treffen die Tradition einer Präsenzkultur und eines charismatischen,

teils auch einfach nur dominanten Führungsstils auf die Wünsche der Jüngeren nach mehr Homeoffice und einem partizipativen Miteinander, wo Eigenverantwortung und ‚lose Leinen‘ geschätzt werden. Um die frei werdenden Stellen mit qualifizierten jungen Kolleginnen und Kollegen besetzen zu können, muss der öffentliche Dienst attraktiver werden und sich wandeln. Karrierechancen durch berufsbegleitende modulare Fortbildung, interessante Weiterbildungsangebote und flexible Arbeitszeitgestaltung sind ebenso wichtig wie eine gute Bezahlung. Auch für das Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit muss die Politik mehr tun, wobei es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben darf, wie es das weitgehend folgenlose Verhalten des Klatschens für das Krankenhauspersonal in der Coronakrise gezeigt hat.

Auf der Zielgeraden für die Babyboomer braucht es ein demografiesensibles Personalmanagement, um den unterschiedlichen Interessen von Jung und Alt gerecht zu werden. Grundsätzlich helfen lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle, um besonderen Belastungen entgegenzutreten zu können, seien es die Geburten der Kinder oder eben später die Pflege der Eltern. Dies ist nur über Dialog und die Stärkung der Mitbestimmung zu bewerkstelligen.

Damit Wissen und jahrzehntelange Erfahrung nicht verloren gehen, muss kontinuierlich ein generationenübergreifender Transferprozess laufen. Prof. Dr. Stephan Weinert von der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen spricht von einem „reversed mentoring“, bei dem junge Kolleginnen und Kollegen die



© dbb rlp/Rimbach

Rolle einnehmen, den älteren etwas weiterzugeben – und umgekehrt. Dieser Prozess muss gestaltet und institutionalisiert werden durch die Dienststellen, etwa durch besondere Zeit im Alltag dafür, durch Begegnungsräume, generationenübergreifende Teams und unterstützende Fortbildungsangebote. Schließlich darf der Übergang der Babyboomer in den verdienten Ruhestand nicht so laufen wie in der berühmten Karikatur von 1890 mit dem Titel „Der Lotse geht von Bord“ (Original: Dropping the Pilot), bei der Bismarck das „Staatsschiff“ verlässt unter den argwöhnischen Blicken des jungen Kaisers. ■

Humanitäre Hilfsdienstleistungen

Dienst- und Arbeitsbefreiungsmöglichkeiten erweitern

Anregung an das Innenministerium

Die Coronapandemie dauert seit nunmehr zwei Jahren an, das verheerende Hochwasser Mitte Juli 2021 hat insbesondere an der Ahr katastrophale Folgen ausgelöst und der Krieg in der Ukraine reiht sich ein als weiteres Krisenereignis mit erhöhten Hilfs- und Unterstützungsnotwendigkeiten.

Beschäftigte wollen aktuell zum Beispiel Hilfsgüter an die ukrainische Grenze transportieren, teils unabhängig von etablierten Organisationen der Allgemeinen Hilfe oder des Katastrophenschutzes. Wir haben vor diesem Hintergrund gegenüber Innenminister Roger Lewentz (SPD) die Eröffnung dienst- und arbeitsrechtlicher Möglichkeiten zur

Dienstbefreiung/Arbeitsbefreiung für Angehörige des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz angeregt, die sich der guten Sache verschrieben haben und helfen wollen.

Vorstellbar ist – über die Regelung in § 24 der Urlaubsverordnung Rheinland-Pfalz (UrIVO) hinaus – ein zusätzlicher Sonderurlaubstatbestand, wonach

auf Antrag unter Fortzahlung der Bezüge eine bestimmte Anzahl an Tagen für die Teilnahme an Hilfsaktionen/-diensten mit humanitärem Zweck im Zusammenhang etwa mit Pandemien, Naturkatastrophen und Kriegen sowie Flüchtlingsaufkommen gewährt werden könnte, sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen – samt einer arbeitsrechtlichen Entscheidung.

Die von der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz beschlossene Anregung geht zurück auf eine Idee aus den Reihen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft – DSTG – Rheinland-Pfalz.

Über Reaktionen werden wir wie gewohnt informieren. ■